

4. Gesamtsanierung und Nutzung des Rathauses (Rathaussanierungsbeschluss)

Antrag der Geschäftsleitung vom 24. März 2022

KR-Nr. 91/2022

Ratspräsident Benno Scherrer: Eintreten ist gemäss Paragraf 89 litera d des Kantonsratsgesetzes obligatorisch.

Urs Waser (SVP, Langnau a. A.), Referent der Geschäftsleitung (GL): Die Geschäftsleitung hat sich in den vergangenen Wochen intensiv mit der Sanierung des Rathauses und seiner künftigen Verwendung befasst. Es ging und geht heute darum zu entscheiden, ob der Kantonsrat nach einer Sanierung voraussichtlich ab 2027 wieder dorthin zurückkehren soll. Die Geschäftsleitung hat sich mit 9 zu 7 Stimmen für die Rückkehr ins Rathaus ausgesprochen und beantragt Ihnen deshalb, den vorliegenden Beschluss zu genehmigen und dem Projekt damit eine gewisse Planungssicherheit zu geben.

Gemäss Beschluss soll bei der Sanierung das in der Machbarkeitsstudie als Szenario 2 aufgeführte Projekt umgesetzt werden. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Präsentation des Projektbeschriebs vor zwei Monaten hier im Rat. Ich skizziere Ihnen das Wichtigste nochmals kurz: In diesem Szenario wird der Ratssaal ins zweite Obergeschoss verlegt. Möglich wird das dadurch, dass die Decke im ersten Stock auf ihre ursprüngliche Höhe von 1831 eingebaut wird. Im heutigen Ratssaal entsteht so ein Raum für vielfältige Nutzungen: für Pressekonferenzen, Repräsentatives, Sitzungen oder auch für den Austausch während des Parlamentsbetriebs. Der neue Ratssaal im zweiten Stock wird bis in den Dachstock erweitert, wo sich auch die Zuschauertribüne befindet. Ein wesentlicher Vorteil dieser Verlegung des Ratssaals ist, dass wir auch für den Ratsbetrieb Platz gewinnen. Natürlich erreichen wir nicht die ausgesprochen grosszügigen Verhältnisse wie hier in unserem Pandemie-Exil (*Corona-Pandemie*), aber verglichen mit unserem alten Ratssaal ist es doch eine spürbare Verbesserung.

Für die Rückkehr ins Rathaus spricht aus Sicht der Mehrheit der Geschäftsleitung unter anderem, dass es sich um ein geschichtsträchtiges Gebäude an zentraler Lage handelt, das schon seit 300 Jahren ein Zentrum der Zürcher Politik ist. Es ist ein Standort, den der Kantonsrat nicht leichtfertig aufgeben sollte. Gleichzeitig ist auch klar, dass blosses Traditionsbewusstsein nicht den Ausschlag für unseren Entscheid geben kann. Das Gebäude muss gewissen Ansprüchen genügen, damit ein effizienter und sicherer Ratsbetrieb garantiert ist. Diese Sanierung ermöglicht es, das Gebäude so zu erneuern, dass es auch diesen Ansprüchen gerecht werden kann, davon haben wir uns im Austausch mit der Baudirektion, mit der Sicherheitsdirektion und auch mit dem Polizeikommando überzeugt.

Das Thema «Sicherheit» hat in unseren Beratungen viel Zeit beansprucht. Es wurden dabei auch Fragen erörtert wie jene, ob der Sprung aus dem zweiten Stock in die Limmat eine Option sei. Da kann ich Sie insofern beruhigen, als dass dieser

Sprung mindestens kein zentraler Teil dieses Sicherheitsdispositivs ist. Aber natürlich muss man sich in diesem Bereich mit allen Eventualitäten befassen. Und es liegt auch auf der Hand, dass die Dinge in einem alten denkmalgeschützten Gebäude etwas komplizierter liegen, als dies bei einem Neubau der Fall wäre. Der Geschäftsleitung wurde aber plausibel dargelegt, dass die moderne Gebäudetechnik, ein brandgesichertes abgeschlossenes Treppenhaus und die räumliche Nähe zur Rathaus-Wache ein Sicherheitskonzept ermöglichen, das die Unversehrtheit von Mensch und Material im Ernstfall gewährleisten kann. Noch sind nicht alle Fragen entschieden in diesem Zusammenhang, beispielsweise die Frage eines zweiten Ausgangs. Geprüft wird hier unter anderem, ob ein Verbindungstunnel zur Rathaus-Wache als Flucht- und Interventionseingang realisiert werden soll. In jedem Fall darf man davon ausgehen, dass Sicherheitsfragen bei der weiteren Konkretisierung des Projektes eine hohe Priorität eingeräumt wird.

Positiv auffallen dürfte altgedienten und neuen Ratsmitgliedern dereinst zudem das neue Lüftungs-, Heizungs- und Kühlungskonzept, das dafür sorgen wird, dass das Klima im Saal auch bei langen Debatten angenehm bleibt. Zudem wird der Ratssaal mit einer neuen elektronischen Abstimmungsanlage und moderner Kongresstechnik ausgestattet. Die Kosten für die Sanierung, um diese nicht zu vergessen, werden momentan auf 20 bis 33 Millionen Franken veranschlagt. Eine genauere Eingrenzung ist beim aktuellen Stand des Projekts noch nicht möglich. Ich habe es vorhin schon kurz angetönt, in mancherlei Hinsicht würde ein Neubau eine grosszügigere Lösung zulassen. Die Mehrheit der Geschäftsleitung erachtet dies aber nicht als realistische Option, insbesondere deshalb, weil nicht absehbar ist, bis wann ein solcher Bau realisiert werden kann. Ein geeignetes Grundstück zu finden, einen Wettbewerb durchzuführen und schliesslich die Projektierung und der Bau würden viel Zeit in Anspruch nehmen. Und das wiederum würde bedeuten, dass der Kantonsrat bis dahin in seinem neuen Provisorium in der Kirche Hard bleiben müsste.

Eine Minderheit der Geschäftsleitung beurteilt die Ausgangslage anders und zieht einen Neubau vor. Sie legt Ihnen ihre Argumente selber dar. Für die Position der Mehrheit fasse ich hier nochmals zusammen: Wir wollen den Kantonsrat wieder im Rathaus tagen lassen. Es ist ein würdiges und symbolträchtiges Gebäude, das der Bedeutung dieses Rates angemessen ist. Die anstehende Sanierung kann es sicherheitstechnisch und betrieblich auf einen Stand bringen, der modernen Ansprüchen für den Ratsbetrieb genügt. Und natürlich soll das sanierte Rathaus für die gesamte Bevölkerung zugänglich sein. Im Namen der Mehrheit der Geschäftsleitung beantrage ich, diesem Beschluss zuzustimmen. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Die Gesellschaft, der Staat, die Politik, sie haben sich im Lauf der Jahrhunderte immer wieder massiv gewandelt, und deshalb haben die Zürcher bereits drei Rathäuser an der Limmat gebaut. Das erste von 1251 war 150 Jahre lang in Betrieb, das zweite von 1401 stand während 300 Jahren, bis es den Anforderungen nicht mehr genügte. Das dritte Rathaus wurde um 1700 errichtet und wurde genutzt, eigentlich bis Corona kam. Und nun stehen wir wieder an dem Punkt: Unser 300 Jahre alter Tagungsort genügt nicht mehr

den Anforderungen eines modernen demokratischen Parlamentsbetriebes, wie wir ihn im Kanton Zürich seit längerem kennen.

Die Fraktionsarbeit, die Kommissionsarbeit, die Arbeit mit den Medien, der Austausch mit der Bevölkerung, sie alle haben stark an Bedeutung gewonnen und nehmen einen immer wichtigeren Teil im Parlamentsbetrieb ein. Doch dafür fehlt im alten Rathaus der Platz. Wir können kaum Besuche empfangen. Die Medien brauchen dringend bessere Arbeitsräume zum Schneiden von Video- und Audiobeiträgen oder zum Fertigschreiben ihrer Artikel. Die Fraktionen brauchen eigene Räume, damit sie an Tagen mit doppelten Ratssitzungen ihre Fraktionssitzungen effizient und ohne Zeitverlust durch Wege abhalten können. Es braucht Besucherräume, Empfangsräume, Vortragsräume, sodass die Bevölkerung, die Interessensverbände, die Schulklassen angemessen an unserer modernen parlamentarischen Demokratie teilnehmen können. Doch auch für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier fehlt im alten Rathaus der Platz. Wir sitzen dort nämlich Schulter an Schulter gedrängt wie Hühner auf der Stange, und wenn wir den Platz kurz verlassen wollen, muss die ganze Reihe aufstehen. Das Resultat: Wichtige Gespräche, die man mit Kollegen zu führen gedenkt, wichtige Unterredungen zwischen den Fraktionen, sie werden immer wieder aufgeschoben. Sie kommen zu kurz, weil man dazu verdonnert ist, auf seinem Platz zu hocken. Kaum ein Parlament in der Schweiz tut sich heute noch so etwas an. Deshalb ist es auch für uns an der Zeit, einen neuen, zentral gelegenen Standort für ein neues Zürcher Parlamentsgebäude zu suchen.

Von der Sicherheit habe ich bis jetzt noch gar nicht gesprochen. Stünde das alte Rathaus nicht unter Denkmalschutz, wäre in unserem Ratssaal bei normalen feuerpolizeilichen Anforderungen nicht einmal eine Ansammlung von 30 Leuten gestattet. Es befindet sich in einer Ratssitzung aber bis zu 200 Leute im Saal, und dies, obwohl es im Notfall nur einen einzigen Ausgang gibt. Und Sie wissen es, der andere Ausgang führt mit einem Sprung aus dem Fenster direkt in die Limmat. Es ist eigenartig, in einem Saal, in dem sich unter normalen Bedingungen kaum 30 Leute zum Apéro treffen dürften, in einem solchen Saal tagt wöchentlich das oberste Entscheidungsgremium des wirtschaftsstärksten und bevölkerungsreichsten Kantons, und dieses Gremium soll bei einem Brandfall in Kauf nehmen, aus 7,5 Meter Höhe in die Limmat zu springen. Da muss man sich doch fragen, in welchem Jahrhundert wir denn eigentlich leben. Haben wir Zürcherinnen und Zürcher im 21. Jahrhundert wirklich keine besseren Lösungen? Haben wir so wenig von dem Aufbruchswillen der alten Zürcher geerbt, dass wir uns nicht mehr durchringen können, selbst für eine angemessene Tagungsstätte zu sorgen?

Wir Grünen, wir haben den Willen dazu, wir beantragen daher die Nichtgenehmigung dieser Vorlage. Damit beauftragen wir gleichzeitig die Regierung, dass sie neue Standorte evaluiert, damit wir die Planung für ein neues Parlamentsgebäude bald aufnehmen können. Ein möglicher Standort kann zum Beispiel bei der alten Kaserne sein, zum Beispiel in Form eines Anbaus an die bestehenden Gebäude. Ein möglicher Standort könnte auch das Globus-Provisorium (*Papierwerd-Areal bei der Bahnhofbrücke*) sein, zum Beispiel, wenn mehr Sichtbarkeit im Raum der Stadt für das Rathaus gewünscht ist. Wichtig ist vor allem: Das neue Gebäude soll

kein teurer Tempel werden, sondern es soll zweckmässig, praktisch, nützlich für den gegenwärtigen und für den künftigen parlamentarischen Betrieb sein und das muss es uns wert sein.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren): Mit dem vorliegenden Beschlussantrag der Geschäftsleitung des Kantonsrates befinden wir uns im Kapitel 2 zum Thema «Wotagt die Politik des Kantons Zürich in Zukunft?». Vielleicht erinnern Sie sich noch, dass mit der Motion 123/2019 mit dem vielsagenden Titel «Bau eines Hauses der Demokratie» bereits das Kapitel 1 belegt wurde. In diesem Vorstoss wurde ein modernes, zeitgemässes und vor allem neues Rathaus gefordert. Liest man die Rede der Initianten des Vorstosses, könnte man meinen, allein mit einem neuen Rathaus würde man die Stimmbeteiligung bei den kommenden Wahlgängen im Kanton Zürich steigern. Der Regierungsrat hat bereits in seinem damaligen Antrag klar auf die Schwierigkeiten der Beschaffung eines geeigneten und zentralen Standortes hingewiesen. Dem Ansinnen dieses Vorstosses wurde deutlich mit 113 Nein-Stimmen gegen 54 Ja eine Abfuhr erteilt.

Mit dem heutigen Beschluss geben wir dem Regierungsrat einen klaren Auftrag, welchen Weg er einschlagen soll, mit dem bestehenden Rathaus arbeiten oder einen neuen Standort suchen. Nach den Wünschen der Minderheit soll ein neues, modernes Gebäude mit diversen Sitzungsräumen wie auch eine Zugänglichkeit für die Bevölkerung möglich sein. Die SVP hingegen befürwortet weiterhin die Benutzung des jetzigen Rathauses. Die Machbarkeitsstudie des Regierungsrates mit dem Szenario 2 zeigt auf, dass die Platzbedürfnisse klar verbessert werden können. Auch zum Thema «Gebäudesicherheit» hat man sich in der Machbarkeitsstudie Gedanken gemacht. In diesem Punkt vertrauen wir unseren Experten des Kantons, müssen doch diverse Gesetzkpunkte eingehalten werden. Durch die unmittelbare Nähe der Rathaus-Wache der Kantonspolizei kann auch ein schneller Einsatz bei einem Krisenfall auf Personen- und Sachschäden gewährleistet werden. Die SVP will an der jetzigen Rathaus-Wache festhalten, da in einem Krisenfall auch die schnelle polizeiliche Eingreifmassnahme wichtig ist. Da kann jede Minute, ja, können vielleicht sogar Sekunden entscheidend sein.

Sie haben es sicherlich bereits herausgehört, die SVP will in das sanierte Rathaus schnellstmöglich zurückkehren. Das Rathaus ist zentral im Kanton, in der Stadt Zürich gelegen. Durch die vorgeschlagenen Anpassungen mit dem Szenario 2 können bessere Platzverhältnisse als bisher angeboten werden, dies mit einem vernünftigen Preisschild. Die ersten Preisberechnungen gehen von circa 35 Millionen Franken aus.

Die SVP schlägt hier noch eine weitere Möglichkeit vor, damit noch bessere Platzverhältnisse in diesem Haus ermöglicht werden. Mit einem Vorstoss soll die Mitgliederzahl des Kantonsrates von 180 auf zum Beispiel 120 Mitglieder gesenkt werden. Diesen Vorstoss werden wir heute einreichen. Dies ergäbe neue Sitzeinteilungsmöglichkeiten, und vor allem wären der Kantonsrat und der Gemeinderat der Stadt Zürich fast gleich gross. Lieber Thomas, mit dieser Massnahme würden wir nicht mehr wie Hühner auf der Stange im bisherigen Rathaus sitzen.

Die SVP vertritt die gleiche Meinung wie der Regierungsrat, dass ein gleich guter und zentraler Standort für ein neues Rathaus schwierig zu finden sein wird. Weiter sind wir auch der Meinung, dass die Kosten für einen neuen Standort nach unserer Meinung explodieren werden. Zuerst müssen wir ein Grundstück finden und erwerben. Danach muss es nach unseren Wünschen geplant, gebaut und bezogen werden. Neben den Baukosten kommen zusätzliche Mietkosten für die Dauer, bis das neue Gebäude erstellt sein wird. Wir wissen alle, dass ein solcher Prozess seine Zeit braucht. Und wann eine Benutzung des neuen Rathauses möglich wäre, muss man die Sterne fragen. Aus diesen genannten Gründen ist der Minderheitsantrag für uns nicht nachvollziehbar. Ich wiederhole: Wir kennen heute das Preisschild für den Grundstückerwerb, die Planung und Erstellung eines neuen Rathauses in keiner Art und Weise und wissen zusätzlich nicht, wann der Kantonsrat, der Gemeinderat der Stadt Zürich, die reformierte und die katholische Kirche aus dem Provisorium in ein fixes Rathaus einziehen können. Nicht zu vergessen: Dazwischen benötigt es noch eine Vorlage. Diese werden wir zu besprechen haben und das Volk wird sicherlich mit einer Abstimmung auch noch seine Meinung kundgeben können. Diese Ausgangslage der Bevölkerung und den Steuerzahlern zuzumuten, ist fast skandalös. Der Steuerzahler hat keinen direkten Nutzen dieses Sachverhalts. Zusätzlich kommt die momentan schwierige Weltlage dazu. In Osteuropa herrscht Krieg. Es droht eine grosse Flüchtlingswelle. Die Preise für den Lebensunterhalt explodieren in vielen Bereichen. Da kommt doch noch der Kantonsrat daher und setzt dem Elend-Dessert noch ein Schlagrahm-«Krönli» oben drauf und will sich einen modernen Demokratie-Tempel schenken; dies alles, nachdem sich der Kantonsrat selbst eine höhere Entschädigung zugesprochen hat. Die SVP steht für eine bodenständige Lösung – diese heisst «Planungssicherheit, berechenbare und voraussehbare Kosten» – wie auch für einen überschaubaren Terminhorizont. Sollte sich bei der weiteren Planung der Sanierung des Rathauses die Erkenntnis für mehr Platzbedürfnisse ergeben, denken wir, hat es um das Rathaus noch weitere denkmalgeschützte Häuser, wo man Räumlichkeiten zumieten könnte. Vielleicht ergeben sich dadurch neue Möglichkeiten. Ich denke dabei an das «Haus zum Schwert», das nur einen Steinwurf vom Rathaus entfernt ist. Zeigen wir dem Steuerzahler, dass wir Kantonsräte mit den uns anvertrauten Steuergeldern sorgsam umgehen. Die Demokratie hat wirklich ihren Preis. Zeigen wir aber auch, dass wir die Begriffe «Demut» und «Vernunft» kennen und auch leben können. Die SVP wird den Kommissionsantrag der Geschäftsleitung unterstützen und spricht sich für den Verbleib im jetzigen Rathaus aus. Besten Dank.

Qëndresa Hoxha-Sadriu (SP, Opfikon): Laut Szenario 2 wird das Rathaus nach der Gesamtanierung nach aktuellen Standards erneuert und verbessert. Für mich ist jedoch der Antrag in sich widersprüchlich. Einerseits soll das Rathaus der Bevölkerung zugänglich gemacht werden und wir schaffen uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern mehr Platz. Gleichzeitig aber haben dadurch Zuschauerinnen und Zuschauer weniger Platz auf der Tribüne. Wir wollen zwar den Sicherheitschutz erhöhen, haben aber weiterhin nur diese eine Treppe zur Verfügung. Die Vorstellung, dass im Notfall künftig 200 Menschen sich aus dem zweiten statt aus

dem ersten Stock in die Limmat stürzen sollen, ist absurd und jenseits von Gut und Böse.

Dadurch, dass wir den Ratssaal in den zweiten Stock verlegen, gewinnen wir zwar ein zusätzliches Foyer dazu, aber keinen einzigen Sitzungsraum. Durch den Umbau erhalten wir pro Person einen Platzgewinn von 0,25 Quadratmeter. Zwar müsste dann nicht mehr die ganze Reihe aufstehen, sollte jemand rausmüssen, dennoch ist insgesamt kaum mehr Platz geschaffen. Wir haben gerade zwei intensive Pandemie-Jahre (*Corona-Pandemie*) hinter uns und sollen da in einen Ratssaal zurück, wo wir halb so viel Platz hätten wie jetzt und wieder nahe beieinander sitzen über mehrere Stunden. Machen wir da nicht Rückwärtsschritte?

Schluss mit der ewigen «Pflästerlipolitik», es ist Zeit für eine wirklich zukunfts-taugliche Lösung. Unser geliebtes Rathaus ist dafür leider nicht mehr geeignet. Das grösste Kantonsparlament der Schweiz braucht endlich eine moderne, seriöse und sichere Infrastruktur. Ich gehe jede Woche in dieses Parlament; nicht, weil ich ein historisches Gebäude aus dem 17. Jahrhundert, die Last der Geschichte spüren möchte. Ich komme in den Rat und mache meine Arbeit als Parlamentarierin, weil ich meine Wählerinnen und Wähler so gut wie möglich zu vertreten habe und weil ich Politik aus Leidenschaft machen will. Das alte Rathaus bietet dafür aber keine wirklich sinnvollen Voraussetzungen. Wir können es noch so viel sanieren, hier ein paar Zentimeter dazugewinnen und dort neue Haus- und Kongresstechnik installieren, einen modernen Ratsbetrieb werden wir so aber nicht ansatzweise erreichen. Gestehen wir uns endlich ein: Das über 300-jährige Rathaus ist nicht gemacht für eine intensive Nutzung durch ein 180-köpfiges Parlament. Wir sollten unser Rathaus sanieren und schützen, es für künftige Generationen bewahren als das, was es ist: ein historisches Gebäude, ein Baudenkmal, das Geschichte schrieb.

Der Zürcher Kantonsrat verdient ein neues Tagungsgebäude, in dem unter modernen Bedingungen die Geschichte der Zukunft unseres Kantons gestaltet und geschrieben werden kann. In diesem Sinne stimmt die SP-Fraktion zwar einer sorgfältigen Sanierung des Rathauses und einer verbesserten Zugänglichkeit für die Bevölkerung zu diesem bedeutsamen Baudenkmal zu, jedoch nicht einer Rückkehr an unseren alten Tagungsort. Tun Sie es uns gleich. Besten Dank.

Beatrix Frey (FDP, Meilen): Die FDP-Fraktion wird dem Antrag der Geschäftsleitung, das Rathaus nach dem Szenario 2 der Machbarkeitsstudie zu sanieren und auch künftig als Versammlungsort für den Kantonsrat zu nutzen, zustimmen. Auch in unserer Fraktion wurde das Thema eingehend und differenziert diskutiert. Zusammenfassend sind uns beim Rathaus folgende Punkte wichtig: erstens eine zentrale Lage, zweitens eine gute Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit und drittens die Sicherstellung eines zweckmässigen Ratsbetriebs.

Zur Lage: Seit dem 13. Jahrhundert wird am Limmatquai gerichtet, beraten und regiert. Der Rathausplatz beherbergte zuerst ein Richthaus und ab 1397 das Rathaus der Stadt Zürich. In seiner heutigen Form wurde das Rathaus zwischen 1694 und 1698 freistehend in der Limmat erbaut und diente bis 1798 als Regierungs- und Verwaltungssitz der Stadtrepublik Zürich. Nach deren Untergang übernahm

der Kanton 1803 das Rathaus, und seither wird es als Sitz der Kantonsregierung und des Kantonsrates genutzt. Auch der städtische Gemeinderat und die Kirchensynoden tagen hier. Stadt und Kanton haben sich in den letzten fast 800 Jahren stark verändert, aber noch immer liegt das Rathaus im Herzen der Stadt Zürich, und das soll aus unserer Sicht zu bleiben. Denn neben dem Ustermer Zimikerhügel (*Versammlungsort des Ustertags 1830*) gibt es wohl keinen anderen Ort im Kanton, wo wichtigere Entscheidungen gefällt und mehr Zürcher Geschichte geschrieben wurde. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist dieses Vermächtnis Inspiration und Verantwortung zugleich. Wir wollen, dass die Zürcher Geschichte an diesem Ort weitergeschrieben wird.

Zur Zugänglichkeit: Wir haben in den letzten Jahren viel in Kommunikationsmittel investiert, um der Bevölkerung die Arbeit des Kantonsrats näherzubringen. Auch wenn wir die Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream in unseren Voten jeweils besonders warm willkommen heissen, müssen wir uns eingestehen, dass das Interesse an unserer Politik und an Besuchen im Kantonsrat überschaubar ist. Ich habe es in meinen elf Jahren Kantonsrat jedenfalls noch nicht erlebt, dass sich vor der Zuschauertribüne Schlangen gebildet hätten oder wir in der Geschäftsleitung über die Einführung eines Ticketsystems hätten diskutieren müssen. Mit den Live-Übertragungen, die wir ja beibehalten werden, wird sich das wohl auch in Zukunft kaum ändern. Wir können im Gegenteil froh sein, wenn uns die zentrale Lage am Limmatquai ab und zu spontane Laufkundschaft bringt und der Dichtestress im Lehrplan 21 den Besuch von Schulklassen vor Ort weiter zulässt. Und auch für Interessensvertreterinnen und -vertreter, die uns während der Kantonsratssitzungen heimsuchen, gibt es in und um das Rathaus für jede politische Couleur genügend artgerechte Lokale, wo man sich je nach Bedarf mehr oder weniger diskret austauschen kann.

Zum zweckmässigen Ratsbetrieb: Zugegeben, das Rathaus wird auch nach der Sanierung keinen Preis als ergonomischer Arbeitsplatz gewinnen. Das muss es aber auch nicht, denn wir versammeln uns hier nicht, um unsere Büroarbeit zu erledigen, sondern um zu debattieren und einander zuzuhören. Und wenn Letzteres einmal allzu viel Geduld und Nerven abverlangt, bleibt auch im A4-Format genügend Platz für Ablenkung. Vergessen wir nicht, dass das Rathaus zeitweilig mehr als 240 Ratsmitglieder beherbergte und diese vermeintlich prekären Bedingungen schon mehreren künftigen Bundesräten und Persönlichkeiten, wie Alfred Escher oder Gottlieb Duttweiler zugemutet wurden. Und Thomas Forrer, anders als bei Hühnern gibt es bei Politikern keine Evidenz, dass die Qualität der Arbeit mit mehr Auslauf steigt (*Heiterkeit*).

Wir sind überzeugt, dass mit dem in der Machbarkeitsstudie skizzierten Szenario 2 im sanierten Rathaus eine Raumqualität geschaffen werden kann, die auch in Zukunft – unter normalen Umständen natürlich – einen zweckmässigen und sicheren Ratsbetrieb ermöglicht. Und es wird in und um das Rathaus weiterhin genügend Räumlichkeiten geben, um Kommissionssitzungen und Fraktionssitzungen durchzuführen oder um sich mit Medienschaffenden, Interessenvertretern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen. Eine Alternative zu

vergleichbaren Konditionen sehen wir nicht. Recht befremdet hat uns das Argument der Ratslinken und Grünen, das Rathaus sei zu wenig repräsentativ. Unseren bürgerlichen Vorfahren war es wichtig, dass das Rathaus – ich zitiere – «zwar ansehnlich, nicht aber prächtig und dennoch gut für Zürichs Ansehen ist», ein klassischer Kompromiss also zwischen Repräsentationsbedürfnis, Sparsamkeit und zwinglianischer Bescheidenheit. Letztere vermessen wir bei den Ratslinken und Grünen komplett. Sie, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel ständig Suffizienz predigen, wollen hier offenbar kein Vorbild sein.

Für gute Politik brauchen wir weder einen Palast noch ein Haus der Demokratie. Die Bevölkerung muss nicht zur Politik kommen, sondern die Politik zur Bevölkerung. Für die FDP-Fraktion ist klar: Wir sind gekommen, um im Rathaus zu bleiben.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): In der GLP haben wir uns mit dem Entscheid bezüglich des Rathauses schwergetan, das Für und das Wider abgewogen und uns dann entschieden, dass jeder selbst entscheiden kann, wie er das handhaben möchte mit den unterschiedlichen Kriterien. Es sind vier Punkte, die aus unserer Sicht relevant sind in der Debatte: Das ist einerseits der Punkt der Tradition, dann der Punkt der Sicherheit, die Arbeitsweise im Parlament und die Kosten.

Zuerst zur Tradition: Das Rathaus ist seit über 300 Jahren der Ort der parlamentarischen Debatte und seit Napoleon (*französischer Kaiser*) auch der öffentlichen parlamentarischen Debatte. Diese Geschichte gilt es zu wahren. Es ist eine wichtige Geschichte und es ist eine lange Geschichte und sie ist nicht fertig. Und mit der modernen Technik, die eingebaut werden soll, und mit der Möglichkeit, die Debatten zu übertragen, wird das auch zukünftig leichter sein, aus dem Rathaus heraus eine öffentliche Debatte zu führen. Mit dem Szenario 2 bekommen wir auch eine kleine Vergrößerung des Ratssaals. Es ist uns allen klar, die Vergrößerung wird vor allem denjenigen zugutekommen, die jetzt fast gar keinen Platz haben, also nicht dem normalen Ratsmitglied, das irgendwo in der Mitte sitzt, sondern denjenigen, die am Rand sitzen, die zwar die Beine strecken können, aber dafür keinen Platz haben für den Laptop. Hier gibt es Verbesserungen.

Aber wir können in dieser Tradition gut weiterleben, da sind sich zumindest einige unserer Fraktionsmitglieder einig. Es ist entscheidend, dass wir dort drinbleiben und wir sollten diese Geschichte aufrechterhalten. Wenn wir jetzt hier in diesen Ratssaal schauen, wie er in dieser Breite ausgestaltet ist, dann lebt die Debatte hier drin nicht. All diejenigen, die sich daran erinnern, als wir so eng aufeinander waren und uns direkt gegenüber sassen, werden es bestätigen: Die Debatten sind lebhafter und der Austausch wirkungsvoller als hier, wo man irgendwie in einem Glaskäfig in einen breiten Saal spricht und manche Leute noch gar nie gesehen hat, weil sie so weit weg sitzen. Also diese Enge hat durchaus auch Vorteile, und die Debatte ist ja nur ein kleiner Teil der Parlamentsarbeit.

Als zweiter Punkt die Sicherheit: Dort ist die GLP – und zwar alle gemeinsam – ganz klar der Ansicht, dass man, egal wie diese Abstimmung ausgeht, bezüglich der Sicherheit machen soll, was möglich ist. Es zeichnet sich ja eine Mehrheit für den Verbleib im Rathaus ab, und auch dort sollten wir bezüglich Sicherheit in

diesem Rathaus machen, was möglich ist. Eine Zerstörung von Kulturdenkmälern nur unter dem Aspekt «Sicherheit» erachten wir nicht als zielführend. Wenn wir das machen, dann verlieren wir eigentlich genau unsere schönen Stadtbilder, unsere schönen Gebäude und unsere Kulturdenkmäler. Es kann auch nicht sein, dass wir unter dem Sicherheitsaspekt nur ungenutzte Hüllen zurücklassen.

Wenn wir jetzt noch die Ratsarbeit anschauen: Wie ich es vorher bereits gesagt habe, ist die Debatte nur ein Teil der Arbeit als Kantonsrat. Als modernes Milizparlament sind wir auch aufgefordert, uns während der Debatte auszutauschen. Wir benötigen dafür Platz. Das ist eine Herausforderung im Rathaus, die wir alle kennen. Wenn man zu einem Ratskollegen in einer anderen Fraktion geht und ihn bittet, aufzustehen, weil man für ein Geschäft rasch etwas mit ihm besprechen möchte, dann wird es schwierig. Im schlimmsten Fall müssen ganze Reihen aufstehen. Man quetscht sich hinten durch, geht raus und diskutiert dort, um dann kurz darauf hineinzustürzen. Alle müssen irgendwie wieder aufstehen, damit dann der Knopf (*gemeint ist der Knopf der Abstimmungsanlage*) gedrückt werden kann. Das wird auch mit den neuen Platzverhältnissen vermutlich nicht sehr viel besser werden. Es dürfte komfortabler werden, wenn es nicht mehr Klappsitze sind, aber dass man sich so problemlos rausschleichen kann, wie es hier der Fall ist, das ist nicht möglich. Auch wenn unten, wo jetzt der Ratssaal ist, dann ein neuer Ort für Austausch besteht, dann wird es immer noch nicht einfach sein, rechtzeitig zur Abstimmung zurückzukommen, wenn man das Klingeln hört, um dann reinrennen zu können. Also hier hätte ein neues Rathaus ganz bestimmt Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kantonsräte. Wir haben aber ja auch noch Kommissionssitzungen und andere Möglichkeiten für diesen Austausch.

Als letzter Punkt die Kosten: Wir haben jetzt eine Kostenschätzung von 20 bis 33 Millionen Schweizer Franken für die Sanierung des Rathauses, und wir haben verschiedene Leute in der Fraktion, die daran zweifeln, dass diese Kosten eingehalten werden können. Das ist nicht als Vorwurf an die Verwaltung gedacht, dass sie zu tief rechnet oder so etwas, aber wir sind uns bewusst: Wir sind in einem denkmalgeschützten Gebäude, wo man nicht gefeit ist vor irgendwelchen Überraschungen, die zu Mehrkosten führen können. Also hier rechnen wir damit, dass es dann eher am oberen Rand respektive eher noch darüber hinausgeht. Wenn wir aber einen Neubau planen, dann wissen wir noch weniger, wie die Kosten aussehen werden.

Wenn ich vorhin Thomas Forrer gehört habe, ja, es reiche ein einfacher Zweckbau, und seine beiden Standorte, die er mal so in den Raum wirft, anschau, dann würde ich sagen: Nein, das funktioniert nicht. Wir können nicht am Globus-Provisorium oder in der denkmalgeschützten Kasernenanlage einen einfachen Zweckbau hinstellen. Da haben wir auch städtebauliche Herausforderungen, die zu bewältigen sind, und es muss irgendwie ins historische Bild passen, was nicht heisst, dass es dann irgendwie ein neoklassischer Bau sein muss. Es kann modern sein, aber es muss halt hohe Anforderungen erfüllen. Das wird in der Regel dann auch zu Kosten führen, wir wissen es nicht. Das kann aber auch nicht das alleinige Kriterium sein, es abzulehnen.

Wenn wir jetzt diese vier Punkte anschauen – Tradition, Sicherheit, Arbeitsweise und Kosten –, dann ist die Hälfte der Fraktion oder ungefähr die Hälfte der Fraktion der Ansicht: Ja, wir müssen die Tradition, die Geschichte hochhalten. Wir gehen zurück ins Rathaus und führen die Debatten an diesem Ort weiter fort. Und die andere Hälfte ist zum Schluss gekommen: Ja, das Rathaus ist dort, wo der Rat tagt, und wir brauchen ein Rathaus, das den modernen Bedingungen eines Ratsbetriebs genügt.

Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti): Die Debatte um das Zürcher Rathaus haben wir in leicht abgeänderter Form bereits einmal geführt, und zwar bei der Diskussion um ein Haus der Demokratie, wie es sich Andrew Katumba und einige andere hier drin gewünscht haben. In der Zwischenzeit ist einiges passiert, und wir mussten unfreiwillig unser zentral gelegenes, geschichtsträchtiges Rathaus drei Jahre früher verlassen als geplant; dies aus Sicherheitsgründen. Aber es war weder ein Feuer noch ein Terroranschlag noch sonst eine erwartete Bedrohung, nein, es war ein Virus, mit welchem niemand gerechnet hatte. All die Diskussionen um die absolute Sicherheit sind darum müssig. Die absolute Sicherheit gibt es nicht, egal, was für ein Rathaus wir bauen würden, und in einem Bunker sitzen möchten wir ja auch nicht. Die gefährlichste Situation, welche ich mir rund um das Rathaus vorstellen kann, ist das Risiko, von einem lautlosen Velofahrer umgefahren zu werden.

Ist das Rathaus erst einmal saniert, hat die Mitte-Fraktion keine Bedenken, was Brandschutz und Sicherheitsstandard angeht. Die Bau- und die Sicherheitsdirektion konnten uns sehr detailliert ausführen, dass im sanierten Rathaus ein Brand nahezu unmöglich ist. Ein zweites Treppenhaus zu fordern, grenzt an ein Zwängeln derjenigen, die immer noch an der Vision eines neuen Rathauses hängen. Und ja, dann ist da auch noch die ganze Diskussion um die Grösse der Arbeitsfläche und des Sitzplatzes. Ich kann verstehen, dass einige Visionäre in der Halle 9 und in der Halle 7 Blut geleckert haben und nicht mehr zu engeren Platzverhältnissen zurückkehren möchten. Am Arbeitsplatz hier gefällt es mir auch gut und ich habe keine Kritik anzubringen. Aber wieso genau treffen wir uns jeden Montagmorgen im Parlament? Wohl kaum, um unsere Bürotätigkeiten zu erledigen, sondern zum Debattieren. Und dabei müssen wir uns in die Augen schauen können. Lebendige Debatten sind auf einer so grossen Fläche und mit dieser Sitzordnung, wie wir sie hier haben, schwierig bis schier unmöglich. Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg, wie Richard von Weizsäcker (*ehemaliger deutscher Bundespräsident*) schon vor vielen Jahren einmal gesagt hat. Dazu gehört eine gewisse Nähe, sonst hört man einander nämlich gar nicht zu. Und sowieso sollte ein Parlamentsgebäude für Milizpolitiker gar nicht erst zu bequem werden, sonst wird der Sitzungsrhythmus noch weiter ausgebaut, was die Miliztauglichkeit je länger, je mehr infrage stellt.

Mit der Sanierung des Rathauses, wie es die Machbarkeitsstudie der Baudirektion vorsieht, werden alle Wünsche erfüllt, auch die Wünsche der Linken und der Grünen. Oder habt ihr die Pläne überhaupt jemals angeschaut? Das umgebaute Rathaus wird flexibel nutzbar für die Politik und die Bevölkerung sein. Es wird mit

Szenario 2 eine grössere Arbeitsfläche und mehr Bewegungsfreiraum haben. Es wird mit modernster Kongresstechnik und moderner Haustechnik ausgestattet, und der Sicherheitsstandard wird zweckmässig sein. Was wollen wir mehr? Es muss ja auch von den Kosten her vertretbar sein für die Steuerzahler.

Die Mitte-Fraktion stimmt geschlossen Ja zum Beschluss der Geschäftsleitung über die Gesamtanierung und Nutzung des Rathauses.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Es war am 12. Oktober 1694, damals erfolgte die Grundsteinlegung zum heutigen Rathaus. Man versuchte damals, die Balance zu finden zwischen Bescheidenheit, Repräsentation und Sparsamkeit. Das Gebäude wurde denn auch aus Sparsamkeitsgründen mit dem eigenen Stadtbaumeister realisiert und es galt gemeinhin nicht als grosser Wurf. Umso grössere Mühe gab man sich damals für die Dekoration des Gebäudes im Innern und an der Aussenfassade. Da investierte man. Und so gibt es im ganzen Haus und rund ums Haus herum 23 Sinnsprüche. Es gab dann 1833 eine weitere Renovation, welche den neuen Bedürfnissen entsprechen sollte. Plötzlich galt das Öffentlichkeitsprinzip. Doch auch diese Renovation fiel deutlich geringer aus als geplant, weil der Rat nicht mehr Geld ausgeben wollte. 1974 wurde das Gebäude zum letzten Mal tiefgreifend saniert, und nach den Worten des Immobilienamtes ist heute eine Renovation dringend, dringend nötig.

Was zeigt dieser kurze Rückblick auf die Geschichte des Rathauses? Schon von Beginn an fehlte es an Mut, an Weitsicht und am Willen. Man wollte zwar gut aussehen, aber es durfte nichts kosten. Im Laufe der letzten 20 Jahre war das Rathaus Grund und Anlass für verschiedene Anfragen aus dem Kantonsrat. So gab es Anfragen zum «Tubäklen» im Rathaus, wann das Rathaus endlich behindertengerecht würde, wie mehr Platz geschaffen werden könnte. Aber die allermeisten Anfragen drehten sich stets um zwei Dinge, um die Technik und um die Sicherheit. Es ist deshalb zu begrüessen, dass nun endlich die Modernisierung des Rathauses angegangen wird.

Die vorliegende Machbarkeitsstudie zeigt einen Versuch, wie den angemeldeten Bedürfnissen neu Rechnung getragen werden soll. Die Verlegung des Ratssaals ins zweite Obergeschoss ist ein interessanter Ansatz. Aber die heutigen Mängel, wie fehlende Entflechtung der Personenströme, fehlende Fluchtwege, die engen Platzverhältnisse, diese Mängel bleiben auch weiterhin bestehen. Und leider hat es eine Mehrheit der Geschäftsleitung nicht für nötig befunden, wenigstens Alternativen zu prüfen, die einen modernen, zeitgemässen Ratsbetrieb ermöglicht hätten. Somit wird heute eine einmalige Chance verpasst. Jetzt und heute hätten wir die Chance, dem Gebäude von 1694 eine neue Bedeutung und Würde zu geben und damit zu respektieren, dass wir heute, über 300 Jahre später, andere Anforderungen ans Bauen und die Arbeit und Qualität und Sicherheit haben.

Keiner von uns kleidet sich heute noch wie die Ratsherren im Jahre 1694, und trotzdem meinen wir, wir müssten unsere Ratssitzungen unbedingt in diesem Gebäude weiterführen. Natürlich hat man seit damals versucht, Strom, Heizung, Lüftung, Wasser einzubauen. Später kamen Lautsprecher und Abstimmungsanlage und sogar WLAN (*kabelloses Internet*) dazu. Aber wer von uns das Rathaus noch

live miterlebt hat, der weiss: Es war in allen Belangen stets ein «Gebastel» und das wird auch künftig so bleiben. Wir verpassen heute die Chance, Raum für eine Alternative zu schaffen, die einen modernen, zeitgemässen Ratsbetrieb ermöglichen würde. Neben der veralteten Technik in alten Gebäuden ist für die EVP die Sicherheitslage im Rathaus ein entscheidender Punkt. Einmal mehr wird dem Denkmalschutz mehr Gewicht beigemessen als dem Personenschutz. Wenn sich in der normalen Welt in einem Raum mehr als 50 Personen aufhalten, dann braucht es zwingend einen zweiten Fluchtweg, eine zweite Tür, um das Gebäude bei einem Ereignis verlassen zu können. Diese Vorschriften gelten, ausser es handelt sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude. Hier werden andere Massstäbe angesetzt.

An der Ostseite des Rathauses steht der lateinische Spruch, ins Gemäuer gemeisselt: «ET FLAMMAS PATRIA SERNIT», sogar Qualen des Feuers achtet Vaterlandsliebe gering. Wir alle lieben unser Land und wir alle lieben den Kanton Zürich, aber doch nicht so sehr, dass wir Kompromisse bei der Sicherheit eingehen sollten. Und gerade diese Tage haben uns gezeigt: Sicherheit umfasst viel mehr als nur Brandschutz. Terror, Geiselnahme, Amok oder Paniklage sind realistische Szenarien, auf die man sich organisatorisch und eben auch baulich vorbereiten muss.

In der Vorberatung sind Sätze gefallen wie – wir haben es auch vorhin wieder gehört – «bisher ist ja noch nie etwas passiert, es wird auch künftig gut gehen», «100-prozentige Sicherheit gibt es nicht». Niemand verlangt das, aber bei solchen Aussagen bin ich mir nie sicher, ob sie ignorant oder zynisch gemeint sind. Hier würde sich ein weiterer Blick an die Ostfassade des Rathauses lohnen. Dort steht der Spruch von Walter Fürst aus Uri: «Klugheit kommt den Schlägen zuvor.»

Heute will eine Mehrheit in diesem Rat beschliessen, Dutzende von Millionen – wir wissen ja nicht genau, was es dann einmal kosten wird –, Dutzende von Millionen Franken für die Renovation eines Hauses auszugeben, ohne dass die wesentlichen Schwächen beseitigt werden können, ohne dass ein wirklicher Mehrwert geschaffen wird und ohne dass vorher sinnvolle Alternativen geprüft wurden. Ein solch enges Scheuklappen-Denken ist für die EVP-Fraktion nicht nachvollziehbar und auch nicht zu verantworten. Wir werden deshalb der Vorlage nicht zustimmen.

Ich versuche es noch ein letztes Mal: Lassen Sie sich nicht täuschen von einer verklärten Rathaus-Romantik. Die Welt ist heute eine andere als sie vor 300 Jahren war, und sie ist heute eine andere als sie noch vor drei Jahren war. Diese alte Welt wird nie mehr zurückkehren, auch wenn Sie es sich noch so sehr wünschen und auch wenn Sie dereinst in ein neurenoviertes Rathaus zurückkehren, wird sich daran nichts ändern. Sie werden sich dann höchstens fragen müssen: War das nun wirklich die vielen Millionen wert? Viele von uns werden dann natürlich nicht mehr im Rat sein. Umso mehr werden dann unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger darüber urteilen, wie wir heute entschieden haben. Wenn Sie diese Vorlage jetzt ablehnen, zeigen Sie den Mut und die Weitsicht, die unsere Vorfahren oft gezeigt haben, nur eben nicht beim Rathaus. Mit ihrer Ablehnung öffnen sie den

Weg, damit die GL den Auftrag erteilen kann, Lösungen zu erarbeiten, die ein zeitgemässes und sicheres Arbeiten ermöglichen – auch in Zukunft.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wir haben dieses Thema auch in der AL-Fraktion kontrovers oder in verschiedenen Punkten diskutiert. Wir haben auch gefunden, es sei ja nicht unbedingt eine Rechts-links-Abstimmung, es macht daher keinen Wert, wenn wir hier eine einheitliche Fraktionsmeinung haben, und es kann bei uns jeder so abstimmen wie er will. Ich kann Ihnen aber die Punkte vortragen, die wir diskutiert haben und da möchte ich vor allem auf drei Punkte eingehen:

Das eine ist die Platzfrage. Es ist ja, das wurde auch schon mehrfach hier erwähnt, für gewisse Leute relativ eng in diesem Rathaus. Auch wenn er jetzt um 20 oder 25 Prozent vergrössert wird, ist der Platz eng. Und vor allem wollte und will man auch zusätzliche Räume für Besprechungen. Wir haben deshalb in der Geschäftsleitung auch den Antrag gestellt, dass man die Rathaus-Wache dazuschlagen könnte. Wir haben das angeschaut, dort hätte es genügend Räumlichkeiten, die man nutzen könnte. Die Geschäftsleitung hat diesen Antrag abgelehnt, das ist schade. Das ist das, was für ein neues Rathaus sprechen könnte. Was dagegen spricht, es wurde hier ja auch gross vom «Haus der Demokratie» und was das Parlament alles sein müsse, gesprochen: Mitten im Herzen von Zürich haben wir dieses Parlament. Wir zeigen also allen Leuten, dass mitten in dieser Stadt Zürich, im Kantonshauptort, das Parlament, das vom Volk, den Stimmberechtigten gewählte Parlament tagt, viel zentraler kann man die Demokratie nicht zur Schau stellen als im bestehenden Rathaus. Und das andere ist: Das Rathaus hat einen Ratssaal – und das ist auch das Wichtigste, dass es einen Ratssaal hat –, weshalb wir hier zusammenkommen. Es ist nicht das Wichtigste, dass wir hinter dem Laptop wahnsinnig viele Arbeiten erledigen oder dass wir dies und das alles tun. Das Wichtigste im Rathaus ist immer noch das Parlament und das Parlament besteht vor allem aus Zuhören und Reden. Das wird hier drin manchmal vergessen. Das ist das Wichtigste, dass man auch spontan auf gewisse Vorträge und Reden eingehen kann, und das kann man im Rathaus in optimaler Form. Man sieht die Gegenseite. Ich kenne leider die SVP-Vertreter und Vertreterinnen bald nicht mehr, die sitzen so weit weg von mir. Das ist die Schwierigkeit, dass man die Leute hier gar nicht mehr sehen kann. Vielleicht wird das irgendwo in einem anderen Provisorium leicht besser, aber so gedrängt respektive so klar, dass es eben auch eine Stimmung geben kann, dass man auch Debatten entfachen kann – und das ist ja das Wichtigste, dass man eben mit Voten Debatten entfachen kann, diese Auseinandersetzung entfachen kann –, so ist das eben in diesem Rathaus wunderbar möglich.

Was allen in unserer Fraktion aber auch klar ist: Die Suche nach einem neuen Rathaus ist natürlich ein Wunsch, das sind Phantasmagorien, das muss man eben schon auch klar sagen. Es wurde seitens des Vertreters des Grünen gesagt, es müsse zentral sein, aber nicht teuer, Sie müssen sich das mal auf der Zunge zergehen lassen: In der Stadt Zürich sollte man etwas Neues bauen und es dürfte nicht teuer sein. Also, Herr Forrer, träumen können Sie am Wochenende, aber

hier drin am Montagmorgen sollte man mindestens mit einem Fuss – mit einem Fuss! – auf dem Boden der Realität stehen. Das ist doch wirklich nicht realisierbar und es wurden ja auch keine valablen Alternativen genannt. Es wurde gesagt, man könne ja bei der Kaserne etwas anbauen. Ich bin in diesem Wahlkreis gewählt. In den Kreisen 4 und 5 kämpft man seit über 30 Jahren für ein freies Kasernenareal. Zuerst hat 1995 der sozialdemokratische Justizminister Moritz Leuenberger dort ein provisorisches Polizeigefängnis gemacht und jetzt möchte noch ein Teil der Grünen und der SP dort drin wieder ein Parlament errichten. Also mich würde das ja freuen. Ich glaube, die AL würde massiv Zulauf erfahren in den nächsten Wahlen, wenn Sie dort dieses Kasernenareal, das wir nun endlich frei gekämpft haben, wieder mit etwas verbauen möchten. Dasselbe gilt fürs Globus-Provisorium, das unter Denkmalschutz steht und der Stadt gehört et cetera. Das sind alles Träumereien, bleiben Sie auf dem Boden der Realität. Wir können kein Parlamentsgebäude irgendwo zentral in der Stadt realisieren. Es wurde dann noch gesagt, beim PJZ (*Polizei- und Justizzentrum*) habe es noch eine Gebäudefläche. Da kommt jetzt die Kantonsschule Wiedikon hin, da gibt es einfach nichts, und ich möchte kein Parlament am Rande der Stadt, irgendwo in einem Industriegelände allenfalls noch, nur weil wir dort genügend Platz haben. Dann möchte ich noch sagen: Die Kosten eines neuen Parlaments – das wurde dann auch nicht gesagt –, sie wurden glaube ich, überschlagsmässig berechnet und betragen ohne Bauplatz dann schnell einmal 70 Millionen Franken, mehr als das Doppelte der Renovationskosten. Also reden Sie nicht davon, es sei unnützes Geld, das wir ins Rathaus investieren.

Aus diesen Gründen gibt es eben verschiedene Gründe für und gegen ein neues Rathaus. Meinen Standpunkt, glaube ich, haben Sie ja jetzt gehört. Danke.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Ja, heute spielen wir – mit den Worten von Pierre Dalcher – den zweiten Akt einer Geschichte, die aus den Federn von Gottfried Keller (*Zürcher Dichter und Staatsschreiber*) stammen könnte. Nur handelt sich hierbei nicht um ein seltsames Volk aus Seldwyla, sondern um den Zürcher Kantonsrat. Ja, dieser ehrwürdige Rat musste einst wegen einer derben Seuche nach 300 Jahren sein liebgewonnenes Rathaus verlassen und nach Oerlikon ins Exil pilgern. Dort war es so manchen Ratsmitgliedern so gar nicht wohl. Sie verloren sich im weiten Saal und fanden dort so gar keinen Halt. Auch mussten sie bei jedem Votum mühsam zum Mikrofon pilgern und konnten nicht, wie gewohnt, von ihrem angestammten Platz aus ihren Unmut kundtun. So manche Mitglieder verloren sich nicht nur im neuen Exil, sondern auch in der Weite des zunehmend digitalen Parlamentsbetriebs, Stichwort «Axioma» (*elektronisches Geschäftsverwaltungssystem*). Zu schnell hat sich die Welt geändert, da gab es nur eine Lösung: geschwind zurück in die beengte, aber heimelige Stube an der Limmat, zurück in die alte Schachtel, zurück in jene Vergangenheit, wo die Welt noch in Ordnung war und ihn, den Rat, weder Kriege und Klimawandel noch heimtückische Seuchen heimsuchten.

Die Welt ist gegenwärtig alles andere als in Ordnung, sie ist regelrecht aus den Fugen geraten. Jedoch lässt sich das Rad der Zeit nicht zurückdrehen, so gerne

ich dies auch manchmal wollte. Der Umzug ins alte Rathaus gleicht einem Rückzug ins vermeintlich sichere Reduit und gleicht einer kindischen Trotzreaktion auf die sich beschleunigende Entwicklung um uns herum. Die Geschäftsleitung des Kantonsrates hat die Gelegenheit offensichtlich verpasst, diesem Rat einen Tagungsort vorzustellen, der auch künftigen Generationen von Kantonsrätinnen und Kantonsräten gerecht wird. Man hat sich nicht mal die Mühe gemacht, weitere passable Alternativen ernsthaft zu prüfen. Stattdessen tischt man uns heute ein Projekt auf, das selbst die Ansprüche von kleinkarierten Spiessern unterbietet und nebenbei kaum bewilligungsfähig ist. Das vorliegende Projekt, aber auch der ganze Prozess, ist eines Standes Zürich nicht würdig.

Die Argumente, dass die Linken sich einen Demokratie-Palast bauen möchten, kann ich so nicht gelten lassen. Im Umkehrschluss müsste ich Sie vielmehr fragen, ob das Rathaus Ihren Vorstellungen, Ihren perfekten Vorstellungen von einem prospektiven, modernen Parlamentsbetrieb dann wirklich auch entspricht. Und ich habe heute wirklich auch von den Befürwortenden viel Kritik gehört. Obwohl sich unsere Demokratie in den letzten 300 Jahren massgeblich weiterentwickelt hat, hat sich an den eigentlichen Gebäudestrukturen nichts verändert, wir haben es gehört. Das Gebäude ist eine niedliche Schatulle mit einem kleinen Eingangslöcher, wo man rein- und rausgeht und auch ein Interventions-Tunnel wird an der prekären Sicherheitssituation nichts verändern. Verstehen Sie mich nicht falsch, das Zürcher Rathaus ist ein würdiger Bau, der sich jedoch über die Zeit überlebt hat. Nach 300 Jahren und etlichen Anpassungen ist jetzt die Zeit gekommen, um ernsthaft darüber nachzudenken, wie und wo das grösste kantonale Parlament der Schweiz tagen sollte. Es geht hier um die Weiterentwicklung unserer demokratischen Institutionen und ihrer Prozesse und es geht auch darum, in welchem Umfeld die Nachfolgeneration, also Ihre Nachfolgeneration, die Entscheidungsprozesse gestalten sollen. Denn eines ist bereits jetzt so sicher wie das Amen in der Kirche: Die wenigsten von uns hier in diesem Rat werden noch in diesem Saal, im alten Saal sitzen, wenn das neue Rathaus dann eingeweiht wird. Denken Sie bei der heutigen Abstimmung also nicht an sich selber, sondern an Ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger im Zürcher Kantonsrat und ersparen Sie uns eine weitere Episode aus Seldwyla, denn diese kommt vermutlich bestimmt. Und noch ein kleiner Nachtrag: Heute findet in der Stadt Zürich die Stadtveranstaltung statt mit Livestream, wo es wirklich auch um die Zukunft des Papierwerd-Areals geht. Die Interessierten können sich da im Livestream einklinken, das wird sicher spannend. Einfach all jenen Kritikern widersprochen, die sagen, es gebe keine anderen Optionen. Die gibt es zur Genüge, das kann ich Ihnen versichern. Besten Dank.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Kahlschlag ist Mode geworden. Es muss alles total weg, man muss irgendetwas völlig Neues hinsetzen. Das sind übrigens gewisse Bedenken, die ich bei den Universitätsprojekten auch habe. Aber hier haben die Kahlschlagbefürworter, zu den ich nicht gehöre, nicht konsequent gehandelt. Wenn schon, dann könnte man auch alles infrage stellen: Warum muss dieses neue Rathaus, wenn denn ein neues gemacht wird, in Zürich stehen? Es gäbe noch freie Gewerbegebiete in Hinwil, und das würde die Region unterstützen, eine sehr

sympathische, auch politisch vernünftige Region. Also das ist wieder ein anderer Aspekt. Weiter könnte man ja das Ganze in ein Hochhaus integrieren, ähnlich dem Maag-Gebäude und zum Beispiel im sechsten Stock den Kantonsrat unterbringen, im siebten Stock des Fraumünsters und so weiter. Also es gäbe hier jede Menge Anschlussmöglichkeiten, aber das hat nichts mehr von der Tradition des Kantonsrates, von überhaupt etwas Denkmalschützerischem. Denkmalschutz lebt am besten, wenn das Gebäude noch lebt, und nicht einfach, wenn man ein totes Gebäude erhält, um es der Nachwelt irgendwann zeigen zu können. Vielleicht wird es irgendwann einmal ausgegraben. Aber das Projekt des Regierungsrates und der Geschäftsleitung ist absolut sinnvoll und vernünftig. Es sind bessere Platzverhältnisse geschaffen, Sicherheit ist beachtet und vieles. Es gibt keinen Grund, warum wir zum Kahlschlagenthusiasmus kommen sollen, um ein totales Modewort zu benutzen. Kahlschlag ist auch nicht nachhaltig. Kahlschlag ist auch nicht – dass ich das Wort einmal benütze – klimafördernd, sondern das ist schlicht und einfach unnötig. Hier können wir etwas Sinnvolles machen und etwas sehr Schönes wieder schaffen.

Zur Sicherheit noch ganz kurz: Sicherheit kann man auch im historischen Rathaus sehr wohl gewährleisten. Das Rathaus muss nicht primär geschützt werden gegen anstürmende revolutionäre Horden, die etwa in einer Hundertschaft schwer bewaffnet anrücken würden, sondern man muss einen Schutz gewährleisten können unter Umständen gegen Einzelspinner wie in Zug (*Attentat auf den Zuger Kantonsrat 2001*), aber revolutionäre Horden sehe ich weniger. Gegen einen Bombenanschlag ist ein Rathaus nach Kahlschlag genauso offen wie ein historisches Rathaus, also das ist theoretisch denkbar. Aber in unserem Rat sind die verschiedensten politischen Richtungen verkörpert. Also ein politischer Extremist, der da eine Bombe legt, muss sich überlegen, dass er auch seine Freunde kaputt macht. Übrigens sind Kantonsrätinnen und Kantonsräte auch nicht unersetzbar, auf den Listen warten schon die Ersatzleute (*Heiterkeit*). Ich hoffe, dass Sie noch lange nicht auf die Ersatzleute zurückgreifen müssen und dass wir möglichst bald, natürlich in ein paar Jahren das historische Rathaus wesentlich verbessert wieder beziehen dürfen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Es wäre ein grosser Fehler, heute der knappen Mehrheit der Geschäftsleitung zu folgen. Die FDP spricht von «Geschichte weiterschreiben», Thomas Wirth spricht von «Geschichte aufrecht- und hochhalten». Es geht hier nicht um Historienspiele, es geht um einen zeitgenössischen Parlamentsbetrieb in den Jahren 2030, 2040, 2050. Ich appelliere an die jungen Leute hier im Saal: Es geht um gute Rahmenbedingungen für die zukünftige politische Arbeit, also, wenn es gut geht – ich habe nachgesehen – ab 2027. Der 9-zu-7-Antrag der GL-Mitglieder taugt dazu nicht, die SP lehnt ihn dezidiert ab. Das Rathaus genügt einer zukunftsfähigen Demokratiepoltik nie und nimmer. Ich schätze das über 300-jährige Rathaus sehr. Ich mag den Ratssaal und die Bilder mit den weissbekragten Ratsherren, es geht jedoch nicht um uns. Es geht um nachfolgende Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Es geht um ein wichtiges Gebäude, das ausstrahlen soll, das ein zeitgenössisches Symbol ist, wo das Parlament

tagt und Entscheide fällt, das den Zürcherinnen und Zürchern bekannt ist und mit dem sie sich identifizieren. Heutige Zürcherinnen und Zürcher kennen das Rathaus kaum.

Das Rathaus muss jetzt neu gedacht werden. Eine Renovation entspricht den Anforderungen nicht, weder räumlich noch sicherheitstechnisch. Lehnen Sie jetzt das Szenario der teuren Gesamtanierung ab, die Schätzungen gehen doch immerhin von 20 bis 33 Millionen Franken aus. Noch ist der Zeitpunkt nicht verpasst, den Weg zu beschreiten für einen dannzumal zeitgenössischen Parlamentsbetrieb. Er wird – wir wissen es heute – immer wieder herausfordernd sein. Dazu benötigen wir dienliche Gebäulichkeiten und Inneneinrichtungen und nicht historische Sitzordnungen, wo sich, entsprechend Vorbildern aus dem 19. Jahrhundert der Französischen Revolution, Fronten vis-à-vis sitzen.

Lehnen Sie den Antrag der äusserst dünnen Mehrheit der Geschäftsleitung ab und stimmen Sie Nein. Danke.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Ich habe am Samstag eine GLP-Kantonsrätin getroffen, mit der ich jede Woche hier im Ratssaal bin. Ich habe sie nicht auf Anhieb erkannt, ziehen Sie Ihre eigenen Schlüsse daraus. Ich rede hier als gebürtiger Stadtzürcher. Seit zehn Jahren bewegte ich mich fast wöchentlich in unserem Rathaus, zunächst am Mittwoch, dann bis zur Pandemie am Montag. Denn das Rathaus ist nicht nur für den Kanton da, sondern auch für den Zürcher Gemeinderat, dem ich zuvor angehört hatte. Damit beeinflusst unser Entscheid auch den künftigen Verbleib des Gemeinderates, denn wenn wir nicht sanieren, kann auch er nicht dort bleiben. Dieser tagt aber ähnlich viele Stunden im Rathaus wie wir, vergessen wir das nicht. Ich staune deshalb, wenn sich hier Stadtvertreter zu Wort melden und den Gemeinderat, obwohl sie dem mal angehört haben, mit keinem Wort erwähnen. Letzte Woche gab es im Gemeinderat eine Abstimmung. Und zwar ging es um die Frage, ob man sofort zurück soll – jetzt – ins Rathaus. Die Abstimmung wurde zwar knapp verloren, sie hätte aber eine Mehrheit gehabt, wenn keine coronabedingten Absenzen gewesen wären. Interessant, GLP und AL waren auch für ein sofortiges Zurückwechseln, aber auch die EVP war es, und ich empfehle der EVP, vielleicht mal mit ihrer städtischen Fraktion zu reden, denn offensichtlich bevorzugt sie das Zürcher Rathaus. Das Wichtigste aber: Wir reden hier nicht über ein Gebäude. Wir reden hier über unser Selbstverständnis als Milizpolitiker und Milizpolitikerinnen. Es geht nicht um Historie, es geht um die Zukunft, wie wir in Zukunft zusammenarbeiten möchten. Ja klar, wer sein Mandat als Beruf anschaut, wünscht sich natürlich einen sichtbaren Politpalast mit ausuferndem Raumprogramm für Fraktionen und weitere Sitzungen. Das tut ja auch unserem Ego gut, oder? Man darf sich dann einfach nicht wundern, wenn dann das Bundesgericht kommt und unsere Sitzungstätigkeit bei gewissen Entscheiden als Beruf auslegt (*Anspielung auf ein Bundesgerichtsurteil, den Mutterschaftsurlaub einer Nationalrätin betreffend*).

Ich für meinen Teil setze meinen Allerwertesten mal vier, mal sieben Stunden pro Woche auf einen Stuhl im Rathaus. Es ist nicht mein Beruf, und was ich dort

vorfinde, reicht völlig. Alle übrigen Sitzungen absolviere ich in vielfältigen Gewerbebetrieben mitten in der Bevölkerung, oft mitten im Quartier, und das ist gut so. Ganz ehrlich, ich muss nicht allen Ratsmitgliedern hier drin täglich begegnen, und ich denke, das beruht auch auf Gegenseitigkeit.

Letztlich ist es auch eine Frage vom Huhn und Ei. Wenn wir das Umfeld professionalisieren, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch unsere Tätigkeit professionalisiert wird. Und ähnlich ist es mit der Sicherheit. Wir können schon anfangen, Bundesräten zu verbieten, Tram zu fahren, aber ich glaube ganz ehrlich, sie sind nachher nicht sicherer. Ich glaube, so wie es jetzt ist, das schätzen wir, dass wir eben eine sichere, offene Kultur haben, eine Nähe zur Politik, und das möchte ich auch im Sicherheitsbereich aufrechterhalten. Und letztlich ist doch ein bisschen schräg, wenn die Politik dem Home-Office das Wort redet, der Kantonsrat aber seinem Büroraum selber luxuriös erweitern möchte. Die Variante 2 der Geschäftsleiter ist ein pragmatischer Umgang mit unserem architektonischen Erbe und bietet auch für den städtischen Gemeinderat eine durchaus akzeptable Lösung. Besten Dank.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Die Frage stellt sich: Was ist ein angebrachtes Parlamentsgebäude für den Zürcher Kantonsrat? Brauchen wir, wie von Thomas Furrer gefordert, einen Palast mit unzähligen Sitzungszimmern, mit Rückzugsorten, um Besprechungen abzuhalten, oder reicht das bisherige Gebäude, das bisherige Rathaus für die Bedürfnisse des Kantonsrates?

Wir haben jährlich an 40 Tagen Sitzungen im Kantonsrat. Wir sind ein Milizparlament. Wir sitzen normalerweise dreidreiviertel Stunden in diesem Rathaus und debattieren. Für dreidreiviertel Stunden fordern gewisse Parteien ein neues Haus der Demokratie, ein neues Parlamentsgebäude. Das ist einfach unverhältnismässig. Oder wollen die linken Parteien, wie teilweise gefordert, ein Profi-Parlament? Nein, jedenfalls die Befürworter der Sanierung des Rathauses wollen ganz sicher kein Profi-Parlament und vor allem erachten sie es als nicht verhältnismässig. Wenn wir irgendwie das Gefühl haben, wir müssten einen Repräsentationsbau haben, der zeitgenössisch ist, und dann das Gefühl haben, wir würden darin bessere Politik machen, dann ist ganz sicher nicht so. Wir können dieses Rathaus sinnvoll umbauen und erhalten einen grossen Mehrwert. Dieses Rathaus soll weiterhin als Parlamentsgebäude dienen und nicht als Museum vergammeln. Eine Nutzung als Museum wäre eine Alibi-Nutzung und verursacht nur Kosten. Und vor allem ist es auch ökologisch überhaupt nicht sinnvoll. Und da wundere ich mich dann schon, dass Parteien, die die langfristige Klimastrategie in ihrem Parteiprogramm zuoberst aufgeführt haben, dann hier aus diesem Gebäude ein Denkmal machen möchten und die reale Nutzung dieses Hauses als nicht mehr nötig erachten. Wer glaubwürdig für Klimaschutz demonstriert oder das auf seine Fahne schreibt, kann nicht ein schlecht ausgelastetes Haus der Politik fordern und das Rathaus ungenutzt stehenlassen. Das ist ganz sicher nicht ökologisch. Stimmen Sie der Gesamtsanierung oder Instandsetzung des Rathauses zu, im Sinne auch der Ökologie. Danke vielmals.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich möchte mich gleich ans Votum von Markus Bischoff anschliessen, er hat das sehr gut gesagt, und ich glaube, das ist mir auch ein wichtiges Anliegen: Die Aufgabe des Parlaments ist es zu debattieren, Kompromisse zu suchen. Und ich glaube, wir sind uns alle einig hier im Rat, wir haben ein sehr gutes direktdemokratisches System und das müssen wir weiterpflegen. Und genau das leidet jetzt in diesem Ratssaal, das stellen wir auch fest. Markus Bischoff hat es gesagt, es hat viele Neueintritte, die kennt man gar nicht. Es ist natürlich auch der Tatsache geschuldet, dass wir keine Anlässe rund um den Kantonsrat haben. Aber es ist eben auch so, man sieht sich nicht. Man sieht sich nicht, und Kommunikation funktioniert ja bekanntlich nicht nur über den Ton, sondern Kommunikation ist ganzheitlich. Und genau das, diese Atmosphäre, die fehlt und die haben wir eben im Rathaus. Die haben wir im Rathaus und diese Atmosphäre vermisse ich. Und genau diese Atmosphäre macht es eben auch aus, dass wir gute und schnelle Lösungen finden, die am Schluss tragbar sind und auch vom Volk nachher getragen werden.

Noch ein weiterer Punkt an Herrn Katumba: Wir haben am 8. Juli 2019 mit 113 zu 54 Stimmen ein Haus der Demokratie abgelehnt. Was Sie jetzt hier veranstalten, ist eigentlich eine Zwängerei. Eine Zwängerei ist das. Sie wollen genau das nochmals anstossen, aber wir haben es ja bereits einmal entschieden. Wir haben dort gesagt: «Nein, wir wollen kein Haus der Demokratie».

Ich nehme den Punkt von Hans Egli noch auf: Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass man eben kombiniert. Wir sind mitten im Zentrum in wunderschönen Lokalen. Und wenn man eben ein Museum macht und wir vor der Wahl stehen, neue graue Energie zu verbauen oder das Haus weiterhin als Kantonsratssaal nutzen zu können, dann müssen wir uns doch gar nicht überlegen, was die bessere Lösung ist. Dann ist das einfach per se die bessere Lösung. Rundherum, jeden Montag, haben wir ganz viele denkmalgeschützte Häuser mit sehr vielen geschützten Zunftsälen. Glauben Sie mir, die sind alle leer am Montagmorgen, auch die wollen genutzt werden. Wieso denken wir nicht auch ein bisschen weiter und suchen allenfalls auch via Kanton Möglichkeiten, damit die Fraktionen Platz haben und diese Räume nutzen können. Ich verstehe es nicht.

Stimmen Sie diesem Antrag zu. Bleiben wir weiterhin in einer passenden Atmosphäre und nutzen wir unsere Strukturen, die wir bereits haben. Herzlichen Dank.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Es fehlt mir in der Diskussion der Pragmatismus, und zwar komplett. Das passt vielleicht ein bisschen zu einem Parlament. Erstens ist es völlig unrealistisch, wirklich unrealistisch, irgendeinen Neubau in der Stadt Zürich zu machen, egal, ob er auf einer grünen Wiese ist – so viele gibt es ja gar nicht mehr – oder irgendwo auf dem Kasernenareal oder dem Globus-Provisorium, wie wir hören. Unglaublich unrealistisch, unglaublich wenig Pragmatismus, völlig ignorierend, komplett ignorierend. Ich als Fussballfan sage Ihnen: Wo ist denn das Fussballstadion? Es sind ja Ihre Leute, Parteien und Leute, die das in der Regel alles blockieren und demokratische Entscheide nicht akzeptieren. Glauben Sie wirklich, dass Ihre Leute dann in der Stadt Zürich – unsere sind es ja leider

nicht mehr, aber Ihre sind –, dass die tatsächlich zu so etwas Ja sagen würden? Das glaube ich nicht.

Zweitens, die Kosten: Es ist schon ein Unterschied, ob man ein neues Gebäude baut für plus/minus 100 Millionen oder ob man jetzt sagen wir mal 30 Millionen – die genaue Zahl spielt ja jetzt keine Rolle – investiert. Das ist eine ganz andere Schuhgrösse, auch das ist völlig pragmatisch zu sehen, wenn ich überlege. Wir hatten es jetzt mehrmals von den Entschädigungen des Kantonsrates: Als nach 20 Jahren die Entschädigung erhöht wurde, gingen die Wogen in den sozialen Medien hoch, das fanden mehr oder weniger alle zu hoch. Und dann glauben Sie tatsächlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung das gut findet, wenn wir drei-, viermal mehr ausgeben würden. Aber eben, wir finden den Standort kaum, doch wenn wir das überhaupt machen würden, glauben Sie, dass das die Mehrheit gut finden würde?

Dann das Dritte, die Sicherheit: Also mir kamen vorher jetzt wirklich teilweise fast die Tränen, wenn ich hier zugehört habe, Herrn Forrer und der ganzen EVP. Ich verstehe es nicht. Und es wurde schon gesagt, die grösste Gefahr – ich sage es jetzt hier zum ersten Mal, normalerweise rede ich gar nicht über Verkehrsthemen –, die grösste Gefahr in der Stadt Zürich – und ich arbeite in der Stadt Zürich, bin genügend oft hier, mein Sohn ist sieben und ich war in den letzten sieben Jahren genügend oft in der Stadt Zürich, auch als Nicht-Stadtzürcher unterwegs –, die grösste Gefahr sind tatsächlich die Velofahrer (*Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite*). Hören Sie auf von irgendwelchen Sachen sonst zu reden, das ist die Gefahr. Mehrmals wurde ich, inklusive Kinderwagen, fast von Velofahrern umgefahren. Es interessiert diese überhaupt nicht, wie sie fahren. Rot interessiert sie nicht. Das ist eine Gefahr, die Dame von der Mitte (*gemeint ist Yvonne Bürgin*) hat zu 100 Prozent recht. Alles andere sind Fantasien. Und noch das Letzte: Sie haben eine ganz pragmatische Lösung: Treten Sie nicht mehr an nächstes Jahr, dann haben Sie das gelöst und dann brauchen Sie auch keinen Palast. Danke.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Ich gebe Ihnen zuerst meine negative Interessenbindung bekannt: Als Kantonsrat mit klarem Ablaufdatum (*der Votant wird Ende Mai zurücktreten*) werde ich mit Sicherheit weder in ein saniertes Rathaus noch in einen Neubau einziehen. Ich rekapituliere gegen Ende der Debatte noch einmal, weshalb wir das vorliegende Projekt der Regierung ablehnen: Gegen das Sanierungsprojekt sprechen im Wesentlichen, erstens, praktische Gründe, zweitens Sicherheitsbedenken und drittens historische Überlegungen.

Zu den praktischen Gründen: Ich gestehe zu, das Projekt holt das Maximum heraus. Durch die ausserordentlich teure Verlegung der Decke gewinnen wir minim mehr Platz. Etwas bequemere Stühle sind möglich. Damit sind die Vorteile aber bereits praktisch vollständig aufgezählt. Demgegenüber steht im sanierten Rathaus für die Besuchenden, für Schulklassen, für eine attraktive Öffentlichkeitsarbeit zu wenig Platz zur Verfügung. Die Sitzungen der grossen Fraktionen sind nach wie vor nicht möglich. Ein vernünftiges Verpflegungsangebot ist undenkbar. Die Trennung von Besuchern und Parlamentariern ist nicht möglich. Ausrei-

chende sanitärische Anlagen: Fehlanzeige. Thomas Forrer hat das in seinem Eingangsvotum sehr eindrücklich dargestellt. 30 Millionen Franken für ein solches Flickwerk sind herausgeworfenes Geld.

Ich komme zu den Sicherheitsüberlegungen: Von der Baudirektion haben wir vage Zusicherungen bezüglich Sicherheit. Von der Kantonspolizei sind in den Debatten der Geschäftsleitung Forderungen nach einem zweiten Zugang angedeutet worden. Wie, bleibt offen, das könnte noch teuer werden. Ich halte fest: Weder im Brandfall noch bei einem Überfall wie ihn der Zuger Kantonsrat 2001 erlebte, sind wir im Haus über der Limmat sicher. Kein Privater dürfte hier das, was die Regierung plant – aus purer Angst, notabene, vor Denkmalpflege und Heimatschutz. Was uns Urs Waser im Zusammenhang mit dem Sprung aus dem zweiten Stock vorgetragen hat, das gehört ins Kapitel des Politikabaretts.

Ich komme zu den historischen Überlegungen: Wir haben es gehört, das Haus wurde Ende des 17. Jahrhunderts erbaut. Es ersetzte ältere Holzbauten vor Ort. Unsere Vorfahren gingen mit historischer Bausubstanz unzimperlich um. Wichtiger aber ist: Das heutige Rathaus war das Zentrum des Ancien Régimes. Zürich war damals ein Obrigkeitsstaat, die Stadt dominierte das Land. Sie lebte von den Zwangsabgaben der Dorfbevölkerung. Wir sind auf dem Höhepunkt des Absolutismus, der bis Ende des 18. Jahrhunderts den Stand Zürich – nicht den Kanton, das ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts – in Untertanengebiete und eine autoritäre und elitäre Stadt teilte. Das Rathaus ist somit ein Relikt aus einer Zeit, die mit Demokratie so gut wie nichts, mit Unterdrückung und Ausbeutung aber umso mehr zu tun hat. Ja, es ist ein symbolträchtiger Ort, Urs Waser, es ist aber ein Symbol für eine schwierige Vergangenheit. Ein Symbol für Gleichberechtigung und Demokratie sieht anders aus.

Unser Nein ist kein Plädoyer für eine Beseitigung des Hauses. Als Denkmal ist es unzweifelhaft erhaltenswert – mit so wenig Eingriffen wie möglich. Die Regierung soll, wenn sie will, weiterhin in diesem Haus tagen. Auch historisch ist es als Sitz der Volksvertretung von Stadt und Land aber denkbar ungeeignet. Wir machen keinen Kahlschlag, Valentin Landmann, sondern wir erhalten das Denkmal so wie es ist. Sehr speziell finde ich die Ankündigung der SVP, den Kantonsrat aus Infrastrukturgründen zu verkleinern. Das ist vielleicht keine Zwängerei, aber demokratische, vorausschauende Politik sieht anders aus.

Wir fordern – ich komme zum Schluss – die Regierung auf, Alternativen zu prüfen. Wir verlangen keinerlei teure Luxuslösungen, Beatrix Frey, Hans Egli, nicht einmal einen Neubau fordern wir. Es ist durchaus denkbar, in ein bestehendes Gebäude wie die alte Polizeikaserne mit einem attraktiven Glas-/Holzanbau als Tagungsort umzunutzen. Projektskizzen liegen im Übrigen bereits vor. Als weitere Alternative könnte man auch den höchst zentralen Carparkplatz am Hauptbahnhof ins Auge fassen. Und wir haben Zeit, für einmal haben wir Zeit dank des «Hard»-Provisoriums. Das Denkmal über der Limmat aber ist unpraktisch, es ist unsicher, es ist historisch problematisch, schlicht untauglich. Wir sagen Nein zu diesem unbefriedigenden Flickwerk.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich gehöre auch zu denen, deren Zeit bald abgelaufen ist. Ich werde auch nicht mehr in ein anderes Rathaus umziehen, aber trotzdem möchte ich noch ein Wort sagen, ergänzend zu dem, was Markus Späth jetzt eben gesagt hat: Uns geht es nicht um einen Luxustempel, eben genau nicht. Es geht um einen Arbeitsplatz. Ich habe übrigens auch nicht mehr die Illusion – die hatte ich mal –, dass hier im Rat nicht für das eigene Büro zu Hause oder für den Arbeitgeber gearbeitet wird. Das wird so bleiben. Es werden immer alle mit dem Laptop vor dem Gesicht arbeiten in diesem Rathaus, das heisst, wir brauchen auch entsprechend Platz. Und es wird dafür eine ganz kleine Erweiterung geben im Entwurf Nummer 2 der Direktion. Ich glaube nicht, dass das dann besser ist als im alten Rathaus.

Nun aber zum neuen Haus: Wir verlangen nichts anderes, als was alle Parlamente eigentlich haben, wir verlangen einen Arbeitsplatz für ein Arbeitsparlament, wo die Kommissionen tagen können, wo die Fraktionen einen ständigen Sitzungsraum haben, den sie, ein Beispiel, auch am Mittwoch für Besprechungen von Gruppen benutzen können, und so weiter. Dann etwas zu Marc Bourgeois: Das städtische Parlament kennt alles, es war immer dabei. Und es ist genauso gespalten wie wir. Aber es gibt auch dort sehr viele Stimmen, die sagen: Wir brauchen etwas Sinnvolles. Wir haben die Polizeikaserne erwähnt. Die Polizeikaserne ist leer, da kann man etwas machen. Genau da könnten wir diese Sitzungssituation, die Arbeitsplätze für die Medien und alles, da könnte man dies einbauen, das ist gar kein Problem. Und als Sitzungssaal, in dem wir näher sitzen und uns treffen können, wieder im Hufeisen, würde zum Beispiel ein Annex funktionieren, ein Holzbau mit einem Restaurant für die Öffentlichkeit. Das gibt es beispielsweise in Stuttgart, wunderschön. Ich kenne viele Parlamente und alle machen das. Nur in Zürich wird man sofort verhöhnt als gefährlicher Velofahrer, wenn man so etwas verlangt. Das ist schade. Ich glaube, es wäre gut. Ältere Menschen, Herr Bischoff, wollen immer, dass alles so bleibt wie es immer war, aber das braucht es nicht. Manchmal muss man neu denken und manchmal möchte man sehr gern, dass die Zukunft ein bisschen freudvoller wird, dass die Zusammenarbeit sich verbessern kann, und genau da stehen wir jetzt. Wir haben die Chance, packen wir sie.

Regierungsrat Martin Neukom: Persönlich bin ich klar der Ansicht, dass die Debatten im alten Rathaus viel, viel lebendiger waren, und es hat eine grössere Lebendigkeit. Aber klar, der Preis ist: Es hat weniger Platz im alten Rathaus. Was wir mit dem neuen Projekt leisten können, und das ist doch eine ganz entscheidende Verbesserung: Im Rathaus, wie es jetzt ist, haben Sie, wenn Sie irgendwo einen blöden Platz haben, mitten in der Mitte, dann müssen etwa fünf andere Kantonsrätinnen und Kantonsräte aufstehen, wenn Sie den Raum verlassen müssen. Das ist im neuen Rathaus nicht mehr der Fall. Im neuen Rathaus kann jede Kantonsrätin und jeder Kantonsrat den Platz verlassen, ohne dass noch jemand anderer aufstehen muss. Aber natürlich, es ist immer noch eng, sonst hätte das Parlament keinen Platz im Rathaus. Ich kann es aber nachvollziehen, das muss ich Ihnen sagen: Natürlich hätte ein komplett neues Haus, frei nach den Bedürfnissen,

wie man es gerne will, natürlich auch seinen Reiz. Man könnte es nach Belieben gestalten. Aber ich muss Ihnen schon sagen: Was gesagt wurde bezüglich der Realisierbarkeit dieses Vorhabens, ist schon richtig. In der Stadt Zürich zentral einen Ort zu finden, wo so ein Rathaus realisiert werden kann, das dürfte sich wirklich enorm schwierig gestalten. Natürlich dürfte diese Lösung auch etwas kostspielig werden. Das wäre natürlich eine Frage, ob es das wert ist oder nicht. Es dürfe jedenfalls als politisches Projekt extrem schwierig werden. Stellen Sie sich vor, bis wir uns geeinigt hätten, wo denn dieses Rathaus zu stehen kommen soll.

Ich muss Ihnen sagen, auf der anderen Seite ist es natürlich auch sehr attraktiv, in einem Gebäude Politik zu machen, in dem schon 300 Jahre zuvor Politik gemacht wurde. Natürlich kann man sagen, es war vor 300 Jahren nicht alles so, wie wir uns das heute vorstellen, aber wir haben eine Geschichte und die hat sich entwickelt. Und es hat deshalb auch einen gewissen Charme, im Rahmen eben dieser Geschichte weiter Politik zu machen. Ausserdem muss man sagen: Dieses Gebäude ist auch kulturell extrem wertvoll.

Gut, mit dem neuen Projekt kann die Sicherheit gegenüber heute deutlich verbessert werden, und auch der Brandschutz wird verbessert. Nur damit es hier gesagt ist: Dieser Sprung in die Limmat mag ja eine lustige Idee sein, aber das ist nicht vorgesehen, glauben Sie mir. Zum Thema «Sicherheit» wurden jetzt einige Voten gehalten, das neue Rathaus sei nicht sicher. Ich möchte hier nur nochmals betonen: Die Schweiz hat verhältnismässig strenge Brandschutzvorschriften. Das ist auch einer der Gründe, warum wir in der Schweiz sehr wenig Brandtote haben. Das neue Projekt erfüllt die Schweizer Brandschutzvorschriften – Punkt. Die GVZ, also die Gebäudeversicherung Zürich, war bei diesem Projekt und bei der Erarbeitung dabei und ist der Ansicht, dass dieses Projekt bezüglich Brandschutz gesetzeskonform ist. Also nicht, dass hier irgendwie Vorstellungen bestehen, dass dieses neue Rathaus den Anforderungen des Brandschutzes nicht entspricht.

Zur Ausrüstung: Natürlich können wir dieses alte Ratsgebäude so ausrüsten, dass es dem Stand der Technik entspricht. Und wie gesagt, etwas mehr Platz wird es haben und es wird auch zusätzliche Räume geben, die wir aktuell nicht nutzen, die wir in Zukunft besser nutzen können.

Ich bin der Ansicht, dass wir mit diesem Projekt, das wir Ihnen hier präsentieren, das Maximum dessen rausholen, was in diesem Rathaus möglich ist, um hier ein Projekt zu realisieren, sodass man, so gut wie unter diesen Bedingungen möglich, einen sehr modernen Ratsbetrieb abhalten kann. Deshalb beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Rathaus zu sanieren und in diesem Rathaus wieder Ratsbetrieb zu machen.

Wie geht es weiter nach der Zustimmung? Falls Sie diesem Geschäft jetzt zustimmen, werden wir einen Wettbewerb für die Sanierung des Rathauses starten. Da werden noch die letzten Details optimiert, danach werden wir es projektieren. Der Kredit wird als gebundener Kredit mutmasslich durch den Regierungsrat bewilligt werden, denn Sanierungen sind immer gebundene Kosten. Dann werden wir die Sanierung ausführen. Und wenn alles so geht wie geplant, dann werden wir im Jahr 2027 in das sanierte Rathaus zurückkehren. Herzlichen Dank.

Ratspräsident Benno Scherrer: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheit Thomas Forrer, Esther Guyer, Qëndresa Hoxha-Sadriu, Sylvie Matter, Markus Schaaf und Markus Späth:

I. Der Beschluss der Geschäftsleitung vom 24. März 2022 über die Gesamtsanierung und Nutzung des Rathauses wird nicht genehmigt.

Abstimmung

Der Antrag der Geschäftsleitung wird dem Minderheitsantrag von Thomas Forrer gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 104 : 67 Stimmen (bei 3 Enthaltungen), dem Antrag der Geschäftsleitung zuzustimmen und den Beschluss zu genehmigen.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.